

Laibacher Zeitung.

Nr. 106.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.30; für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit dem Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 8. Mai

Inserat ongedruckt bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl. u. s. w. Anfertigungsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 4. Mai 1868,

wodurch die executive Schuldhaft aufgehoben wird; wirksam für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Von dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes an kann die Execution auf die Person des Schuldners wegen Wechsel- oder sonstiger Geldforderungen weder bewilligt, noch, wenn sie schon früher bewilligt war, vorgenommen oder fortgesetzt werden.

§ 2. Die Bestimmungen über den vorsichtswweisen Arrest gegen Personen, welche der Flucht verdächtig sind, bleiben unberührt.

§ 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist der Justizminister beauftragt.

Wien, am 4. Mai 1868.

Franz Joseph m. p.

Auersperg w. p.

Serbst w. p.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Supplenten der k. k. Oberrealschule in Spalato Dr. Emil Vecchiotti zum wirklichen Lehrer dieser Anstalt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Steuerfrage.

In parlamentarischen Kreisen ist die Ansicht vorherrschend, daß die mit Ende Mai eintretende Vertagung des Reichsrathes eine wesentlich modificirte Erledigung der Finanzvorlagen im Gefolge haben werde. Man hält es nämlich für unmöglich, in einer so kurzen Frist, wie sie gegenwärtig noch gegeben ist, die Steuerreform mit jener Gründlichkeit vorzunehmen, deren eine so wichtige Frage unabweichlich bedarf. Aus diesem Grunde meint man, dürfte auch der Gedanke, das Deficit auf dem Wege der vom Finanzminister Brestel proponirten Steuerreform auf einen größeren Zeitraum zu bedecken, fallen gelassen werden, und die Vorschläge des Subcomité's, vorläufig nur das Deficit pro 1868 mittelst combinirter außerordentlicher Maßregeln zu beseitigen, auf Annahme rechnen können.

Indeß scheint es, daß diese Annahmen insbesondere in der positiven Form, die man ihnen gibt, auf theilweise unrichtigen Voraussetzungen beruhen. Wer da glaubt, daß die in Angriff zu nehmende Steuerreform die Sorge für eine außerordentliche Bedeckung des Deficits im Jahre 1870 oder gar 1869 beseitige, dürfte sehr irren. Die Steuerreform dürfte wohl erst in einem späteren Jahre sich wirksam zeigen. Unserer Ansicht nach bedarf nämlich die Steuerreform, bevor sie alle Stadien bis zur Sanction durchlaufen, einer geraumen Zeit, etwa zwei Sessionen, rechnet man weiters nur zwei Jahre, deren es bedarf, bevor die neuen Steuer Gesetze das von ihnen gehoffte höhere Erträgniß liefern können, das von ihnen wohl zugestehen müssen, daß die vom Subcomité in Aussicht genommene Steuerreform vielleicht pro 1871 — 1872, gewiß aber nicht pro 1869 von Wirkung sein wird. Es steht nämlich fest, daß im Juni die Landtage zusammentreten sollen und die Vertagung des Reichsrathes mit dem Beginne des Septembers ihr Ende finden soll, rechnet man nun den September für die Erledigung der Wehrfrage, den October für die Delegationsession zur Feststellung des Reichsbudgets, so bleibt dem Reichsrathe der Monat November und der halbe Dezember zur Erledigung des Budgets pro 1869 und der Bedeckung seines Deficits. Glaubt man aber in circa zwei Monaten die Steuerreform total vornehmen zu können, wenn, um nicht weit zu greifen, das Subcomité des Finanzanschlusses circa acht Wochen brauchte, um mit seinem Antrage auf Ablehnung der Steuer Gesetze hervorzutreten? Selbst den allerdings unmöglichen Fall angenommen, es gelänge in acht Wochen die Steuerreform anzubahnen, wird man, parallel neben dieser durchgreifenden Maßregel zur definitiven Beseitigung des Deficits, dennoch zu außerordentlichen Mitteln zur provisorischen Beseitigung des laufenden Deficits greifen müssen, hiebei aber überdies auch Collisionen zwischen dieser Doppelthätigkeit zu besorgen haben; das Charakteristische des ministeriellen

Finanzplanes war es hingegen, daß er die Deficitbedeckung auf eine Reihe von Jahren in's Auge faßte, um die Legislative die Steuerreform ungestört vornehmen zu lassen.

Uebrigens verlautet in den parlamentarischen Kreisen auch noch, daß die Regierung nach wie vor an ihrem Standpunkte, jede neue Anleihe oder neue Notenausmission zu perhorreszieren, festhalte, daß sie jedoch Maßregeln, welche diese zwei Gebiete weder streifen, noch berühren, Rechnung tragen werde. (N. Frdbll.)

101. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 5. Mai.

Die Sitzung wird um 11 Uhr von dem Präsidenten v. Kaiserfeld eröffnet.

Unter den überreichten Petitionen befinden sich Petitionen des Gemeinderathes von Laibach und Krakau um Ablehnung der von der Regierung beantragten Vermögenssteuer.

Ministerpräsident Fürst Auersperg erhebt sich, um die vom Abg. Skene gestellte Interpellation in folgender Weise zu beantworten: In der 97. Sitzung wurde vom Abg. Skene und Genossen folgende Interpellation an das Gesamtministerium gestellt: (verliest die betreffende Interpellation.)

Die in dieser Interpellation angeregte Angelegenheit gehört, soweit es sich um die legislative und executive Competenz handelt, in ersterer Beziehung in die Delegation, in letzterer Beziehung in das Ressort des Ministeriums für die gemeinsamen Angelegenheiten. Das Ministerium für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder würde daher seine eigene Competenz überschreiten, wenn es das Allerhöchste Handschreiben an den Reichskriegsminister in das Bereich seiner Thätigkeit ziehen wollte. Ueberdies ertheilt daselbe dem Reichsminister den ausdrücklichen Auftrag, seine Vorschläge zu der verfassungsmäßigen Lösung der in Folge dieses Handschreibens sich ergebenden Auslagen zu erstatten. Hiedurch sind alle Besorgnisse einer ungesetzlichen Belastung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ausgeschlossen.

Abg. Lohninger erstattet im Namen des Budget-Anschusses Bericht über den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, wodurch das Finanzministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zum Abschlusse der mit dem Finanzministerium der Länder der ungarischen Krone hinsichtlich der Verwaltung des Salzmonopols getroffenen Vereinbarung ermächtigt wird.

Finanzminister Brestel: Eine Abänderung des Salzpreises ist nur im Einverständnisse mit Ungarn möglich. Es war die Frage, ob es nicht gerathen sei, den bisherigen Preis beizubehalten. Allein die Erfahrung zeigt, daß die Höhe der jetzigen Salzpreise zu groß sei und daß in Folge dessen das Viehsalz für Menschen verwendet wurde. Es hat der Consum des Viehsalzes immer mehr zugenommen, und hat schon im Jahre 1866 die Höhe von 700.000 Ctr. erreicht.

Die Regierung mußte daher darauf Bedacht nehmen, ob nicht Maßregeln gegen diese Mißbräuche getroffen werden sollen. Es wurden Erhebungen gemacht, und constatirt, daß es nicht möglich sei, dem Viehsalz eine solche Beimischung zu geben, daß es für das Vieh verwendbar, für menschlichen Genuß nicht verwendet werden könne.

Es boten sich nur zwei Wege, dem Mißbrauche zu steuern. Man konnte entweder den Verkauf des Viehsalzes ganz einstellen, oder den Preis des Viehsalzes erhöhen und den des Menschensalzes herabsetzen. Die diesseitige Regierung hat sich ursprünglich für die letztere Alternative ausgesprochen. Dagegen war der ungarische Finanzminister der Meinung, daß im Interesse der arbeitenden Bevölkerung es besser sei, bloß den Preis des Menschensalzes herabzusetzen und den Verkauf des Viehsalzes ganz einzustellen. Nach längeren Verhandlungen hat sich die diesseitige Regierung den Vorschlägen der ungarischen Regierung angeschlossen und beschloßen, den Preis des Salzes um 2½ fl. zu erniedrigen. Der Entgang, den das Aera der diesseitigen Länder dadurch erleidet, beträgt 5 Millionen Gulden. Andererseits fallen jedoch die zur Fabrication des Viehsalzes nothwendigen Kosten von 700.000 fl. hinweg. Ein Theil des Entganges wird hoffentlich durch den größeren Consum eingebracht werden, wenn man sich auch nicht täuschen darf, daß dies keine so beträchtliche Summe aus-

machen wird. Im Interesse besonders der arbeitenden Bevölkerung ist die Herabsetzung der Salzpreise beschloßen worden. Es wird die schwere Belastung eines Theiles der Bevölkerung dadurch wegfallen und Redner empfiehlt daher die Annahme des Uebereinkommens.

Abg. Peter Groß constatirt, daß die gegenwärtige Regierung die erste ist, welche der Gesetzgebung die so wichtige Bestimmung der Salzpreise zuweist. Allein was er bedauere, und als einfache Maßregelung halten muß, ist, daß den Ansätzen gar keine Begründung beiliegt. Ebenso erscheint es ungerechtfertigt, daß das Salz in Oestgalzien die geringste Verminderung erlangt hat. Er hätte gerne gewünscht, den Grund dessen zu erfahren. Es wird im allgemeinen gesagt, daß es sich auch um den Staatschatz handelt, und dieser Punkt muß gewiß berücksichtigt werden. Allein er müsse bemerken, daß in der Fabrication große Ersparnisse vorgenommen werden können, und daß andererseits der Verschleiß nicht kaufmännisch betrieben wird, so daß ein größerer Gewinn dem Staatschatze entgeht. Es ist bekannt, daß der Verschleiß und Verkehr des Salzes nicht frei ist und wie große Hindernisse dem Verschleiß entgegen gesetzt werden. Wenn ich daher auch anerkenne, daß der Staatschatz in erster Zeit einen großen Rückschlag erleiden wird, so glaube ich doch, daß durch den größeren Bedarf und die von mir angedeuteten Ersparungen ein großer Theil wieder eingebracht werden wird. Redner behält sich vor, in der Specialdebatte Anträge zu stellen, wie auch eine Resolution zu beantragen.

Abg. Mayer erklärt, gerade entgegengesetzte Anschauungen von denen zu haben, welche in der Rede des Ministers und im Ausschußberichte ausgesprochen sind.

Es läßt sich auf keine Weise rechtfertigen, daß das Viehsalz, welches durch seine Wohlfeilheit sich solchen Eingang verschafft und auf die Volkswirtschaft solchen wohlthätigen Einfluß geübt hat, nun gänzlich abgeschafft werden soll. Sich den einzelnen Bestimmungen zuwendend, tadelt Redner, daß das Salz in Oesterreich um 60 kr. höher ist, als in den übrigen Ländern. Er begreift es nicht, warum gerade Oesterreich, das in gleicher Weise zu den Ausgaben des Reiches beisteuert, so stiefmütterlich behandelt wird. Gleiches Recht für alle. Redner constatirt dann die sonderbare Thatsache, daß das Salz in Wien viel billiger zu stehen kommt, als in Gmunden, an der Quelle. Das kann wol kein durchdachtes und berechnetes Vorgehen sein. Selbst auf die Gefahr hin, das ganze Gesetz fallen zu machen, müsse er sich gegen das Gesetz erklären, und behalte sich vor, in der Special-Debatte Amendments zu stellen. (Beifall.)

Graf Dürkheim bedauert, heute als Gegner des Ministeriums aufzutreten, und sich gleichfalls gegen die Auffassung desselben erklären zu müssen. Das Viehsalz, müsse aus volkswirtschaftlichen Rücksichten beibehalten werden. Hauptächlich müsse er aber gegen das Monopol aufzutreten Redner beantragt: 1. es sei das Salzmonopol aufzuheben und statt dessen eine Productionsteuer von 2 fl. einzuführen; 2. es sei das vorliegende Gesetz wieder an den Budget-Ausschuß zurückzuweisen und deshalb Anträge zu machen, welche den Wünschen und Anschauungen wie sie heute im Hause von mehreren Seiten lautbar wurden, mehr entsprechen; 3. es sei endlich eine Enquete aus finanziellen, mercantilen und sanitären Capacitäten zusammen zu setzen, welche ihre Ansicht über das bestehende Monopol und dessen Wirkungen auszusprechen habe. Die Anträge finden von keiner Seite Unterstützung. Dagegen wird die vom Abg. Groß beantragte Resolution, das Ministerium aufzufordern, dahin zu wirken, daß eine künftige Abänderung des Uebereinkommens dahin ermöglicht werde, um das Viehsalz wieder einführen zu können, zahlreich unterstützt.

Abg. Freih. von Pratobevera (für) bedauert, daß in dem gegenwärtigen Momente, wo wir selbst rathlos vor der Deckung des Deficits stehen, Anschauungen zur Geltung kommen, gegen die die Regierung Klage erhebt. Der Herr Vorredner wünscht, das Monopol werde aufgehoben, doch wie soll dann der Entgang gedeckt werden?

Abg. Greuter erinnert an eine Scene zwischen dem Erzherzoge Johann und einer Tiroler Compagnie im Jahre 1848. Als nämlich der Erzherzog die Tiroler um ihre Wünsche befragte, erhielt er zur Antwort: „Wir haben nur drei Wünsche, Salz für unser Vieh, weniger Beamte und Tabak für uns selbst.“ Dieses gelte auch noch heutzutage. Tirol sei ein Landwirthschaft

und Viehzucht treibendes Land. Wird es aber nicht durch das vorliegende Gesetz in seinem Interesse geschädigt? Das Monopol ist eine ungerechte Steuer, weil sie von dem Armen und von dem Reichen getragen werden muß. Nicht ein Zeichen des niedrigen Culturstandes ist es, wenn man lieber Viehsalz als ungeschälten ist. Wenn das Ministerium trotz seines Ackerbauministers ein solches Gesetz erläßt, durch das über 69 Percent der österreichischen Bevölkerung geradezu ruinirt werden, dann weiß ich nicht, wozu wir einen Ackerbauminister haben. Rühmten können wir uns selber. (Allgemeine Heiterkeit.)

Die General-Debatte wird geschlossen. Es ergreift das Wort

Finanzminister Brestel: Nach den heutigen Reden müßte man glauben, daß es sich um eine wesentliche Erhöhung der Steuer handelt, wenn man aber diesem Gesetzentwurf, welcher wesentliche Lasten der Bevölkerung abnimmt, die Staatseinnahmen um 2½ Mill. vermindert, den Vorwurf der Fiscalität macht, so ist dies ein Vorwurf, der ganz neu ist, und zu dem im ganzen parlamentarischen Leben man kein Analogon findet. Die Thatsache allein, daß die Regierung sich entschlossen hat, den Gesetzentwurf vorzulegen, ist ein Beweis, daß sie nicht fiscalische Interessen im Auge hat, daß sie vielmehr auf die Gefahr der finanziellen Schwierigkeiten, die volkswirtschaftlichen Interessen berücksichtigte. Ich muß daher vor allem ablehnen, daß der Entwurf bloß fiscalischer Natur sei. Daß aber die Regierung auch darauf Rücksicht nehmen mußte, und jene Maßregel nicht bloß vom theoretischen Standpunkte, sondern auch mit Rücksicht auf die Wirkungen auf die Staatscassen auffassen mußte, ist selbstverständlich. Der letzte Redner hat betont, daß die Salzsteuer eine ungerechte Steuer sei, sie sei eine Kopfsteuer, das ist wahr; aber das habe ich ja heute selbst zugegeben. Ich habe jedoch zugleich betont, daß das Gesetz eine wesentliche Erleichterung für die arme, arbeitende Bevölkerung ist, indem es den Preis des Salzes herabmindert. Es ist leider wahr, die Besteuerung in Oesterreich trifft wesentlich den armen Mann. Dieses gebe ich zu und habe mir den Wunsch, daß Sie, wenn die Finanzvorlagen zur Verhandlung kommen, diese Thatsachen beherzigen mögen, wenn statt der von der Regierung empfohlenen Steuer eine Kopfsteuer beantragt werden sollte. In dieser Beziehung werde ich mich auf die heutige Verhandlung berufen können. Ein anderer Vorwurf des Herrn Redners aus Tirol bezieht sich darauf, daß ich gesagt habe, das Viehsalz werde von denjenigen verwendet, welche auf einer niedrigen Culturstufe stehen. Er behauptet, der Genuß des Viehsalzes geschehe nur aus Noth. Darauf habe ich zu bemerken, daß dem Herrn Redner die Verhältnisse anderer Länder nicht bekannt sind. Wenn der Genuß des Viehsalzes nur aus Noth geschehen würde, dann wäre der Mißbrauch nicht so groß; aber es gibt wohlhabende Bauern, die vielleicht in einem Monate mehr an Spirituosen ausgeben, als Andere in einem Jahre an Salz, und das Viehsalz gebrauchen. Uebrigens finde ich den Widerstand, auf den das Gesetz von Seite des Herrn Abg. aus Tirol und Vorarlberg trifft, in seiner Weise natürlich und berechtigt.

Viele Bewohner dieser beiden Länder haben bisher ein gewisses Steuerprivilegium in dieser Beziehung genossen, welches durch das Gesetz aufgehoben werden soll. Es ist demnach selbstverständlich, daß jene Herren die Interessen ihrer Länder dadurch verkürzt erklären. Es ist wahr, daß während das Gesetz dem bedeutendsten Theile der Bevölkerung eine große Wohlthat erweist, der Vortheil für die beiden Länder problematisch ist. Aber der Weg, den wir gehen, ist der der Gleichheit der Besteuerung.

Es ist von anderer Seite betont worden, daß wir durch das mit Ungarn getroffene Uebereinkommen in eine volkswirtschaftliche Abhängigkeit von Ungarn gerathen sind. Die ungarischen Verhältnisse sind eigentlich mit Ihrer Zustimmung so geordnet worden; wir müssen diese Verhältnisse in gegenseitigem Einverständnis ordnen, wir können diese Thatsache in keiner Weise rückgängig machen. Und wenn diese Angelegenheiten statt hier im Hause, in den Delegationen entschieden werden, dann würde sich die Abhängigkeit in größerem Maße zeigen. Jede gegenseitige Zusammengehörigkeit hat ihre Vortheile und Nachtheile, wer die Vortheile will, darf auch vor den Nachtheilen nicht zurückschrecken. Ich bestreite aber, daß das Gesetz im speciellen Interesse der Ungarn liegt; es ist im Interesse der armen, arbeitenden Bevölkerung in Ungarn, gerade so wie hier. Das Gesetz ist, so wie es vorliegt, eine Nothwendigkeit, weil man das fiscalische Interesse doch nicht ganz außer Acht lassen kann.

Wenn die Verhältnisse sich bessern und wir namentlich eine bessere directe Besteuerung haben werden, dann können und werden wir einen Schritt thun. Redner replicirt sodann auf einige vom Abg. Mayer gemachte Einwendungen und fährt dann fort:

Was die Frage des Viehsalzes betrifft, so bemerke ich, daß, wenn Mittel gefunden werden könnten, um dem Mißbrauche entgegenzutreten, ich gerne darauf eingehen möchte. Es ist nicht richtig, daß der Consum des Viehsalzes deshalb so zugenommen hätte, weil es billiger geworden ist. Die eigentliche Ursache ist, weil

ein großer Theil desselben als Speisefalz verwendet wird. Die Besorgnisse bezüglich der Schädigung der Landwirtschaft sind nicht begründet. Die Steuerrückstände wie sie befürchtet werden, nehmen täglich ab, und die Steuern gehen verhältnißmäßig gut ein. Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Gesetzentwurfes, welcher durch Herabminderung des Salzpreises ein wesentlicher Fortschritt sei. Die Regierung war in den Verhandlungen mit Ungarn bestrebt, alles zu erreichen, was möglich war.

Abg. Greuter beantragt hierauf Schluß der Sitzung. (Wird angenommen.)

Minister des Innern Siskra legt noch ein Gesetz über Durchführung unmittelbarer Wahlen in das Abgeordnetenhaus entsprechend dem Artikel VII. der Staatsgrundgesetze zur verfassungsmäßigen Behandlung auf den Tisch des Hauses nieder. Schluß der Sitzung nach 2 Uhr.

Nächste Sitzung morgen.

Tagesordnung: Erste Lesung der heute eingebrachten Regierungsvorlage, Fortsetzung der heutigen Debatte, eventuell Ausschußbericht über die Freiegebung der Advocatur.

Parlamentarisches.

Es bestätigt sich, daß die gegenwärtige Session des Reichsrathes demnächst schon einer mehrmonatlichen Unterbrechung entgegengeht.

Mit Ende des laufenden Monats dürfte, einem Wunsche entsprechend, der in Abgeordnetenkreisen selbst mehrfach zum Ausdruck gelangte, der Reichsrath bis zu Anfang September sich vertagen und den Landtagen Platz machen. Bei Wiederbeginn der Sitzungen wird der Reichsrath das Wehrgesetz, das der Vertretung noch vor der Vertagung vorgelegt werden soll und inzwischen von der ständigen Commission durchberathen werden wird, als nächste Arbeit vorfinden. Nach Erledigung dieser Aufgabe, welche wohl einen Monat oder mehr in Anspruch nehmen dürfte, hofft man beiläufig zu Beginn des October die Delegationen zusammentreten lassen zu können, und würde der Reichsrath dann etwa im November die Wintersession beginnen.

Nachdem, allem Anscheine nach, die Finanzfrage schwerlich noch im Laufe der gegenwärtigen Session eine definitive Lösung erfahren wird und voraussichtlich irgend ein provisorisches Expediens für das 1868er Budget wird gesucht werden, so dürfte mit dieser vitalen Frage dann die parlamentarische Wintercampagne eröffnet und — wie man in Abgeordnetenkreisen die Lösung sich denkt — die Finanzfrage im Zusammenhange mit einer gründlichen Steuerreform geregelt werden.

Die Honved-Vereine.

Pest, 3. Mai. (N. Fr. Pr.) Mit dem Tage, wo das Ministerium die Unterstützung der hilfsbedürftigen Honveds selbst in die Hand genommen und die Honved-Vereine, anstatt dem Ministerium bei Ermittlung der hilfsbedürftigen Honveds an die Hand zu gehen, Soldaten zu spielen anfangen, mit diesem Tage hatten die Honved-Vereine jedwede Existenzberechtigung verloren.

Nachdem sie ihre rechtmäßige Rolle abgestreift, zur Erfüllung einer anderen Aufgabe aber weder berechtigt noch befähigt waren, trotz alledem aber ihre Existenz weiter fortstritten wollten, warfen sie sich auf das Steckpferd aller Ungarn, auf die Politik. „Die Kossuth! Die Ministerium!“ erscholl der Ruf durch alle Honved-Vereine des Landes, und bald hatten wir das ergötzliche Schauspiel von hunderten Miniatur-Parlamenten, in denen lustig darüber losdebattirt wurde, ob es für die Honveds besser sei, sich der Politik Kossuths oder der des Ministeriums anzuschließen. Kossuths Politik schien mehrverheißend zu sein und darum neigten sie vorzüglich zu derselben hin. Je enger sie sich aber nun an Kossuth anschlossen, desto weiter entfernten sie sich von dem Ziele, das sie anstrebten. Perczel war der erste, der diese Sachlage erkannte und würdigte. Er sah es mit Betrübniß, daß seine Lieblingsidee bezüglich einer ungarischen Honved-Armee durch die Honved-Vereine unmöglich gemacht werde, und er raffte sich auf, um mit feuriger Rede die Honved-Vereine auf den nach seiner Meinung richtigen Weg zurückzuführen. Perczel aber, wenn auch nach seiner eigenen Ansicht ein großer Feldherr, ist kein guter Politiker. Er sah im entscheidenden Momente vor lauter Bäumen den Wald nicht und verstrickte sich in den Kossuth'schen Schlingpflanzen dermaßen, daß er am Ende selbst seines ursprünglichen Zieles vergaß und sich damit begnügte, Kossuth in den Staub getreten zu haben. Die Regierungsjournale hoben ihn hiefür in den Himmel; dies gab der Sache der Honveds vollends den Todesstoß. Denn Perczel war ein Abtrünniger geworden; er verband sich mit der Regierung und diese will keine ungarische Armee, so sagte man wenigstens. Die Narren vergaßen, daß nicht Perczel die Regierung, sondern daß diese ihn aufgefangen.

Die Mehrzahl der Honved-Vereine erklärte sich nun gegen Perczel, dieser verlor seinen nöthigen Rückhalt, überzeugte sich von der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen und stellte auch endlich dieselben gänzlich ein. Ein Theil der Honved-Vereine hält jedoch noch immer zu ihm; dadurch aber, daß die so entstandenen zwei Honved-

Parteien einander eifersüchtig bewachten, ja sogar anfeindeten, paralytirten sie gegenseitig ihre Bestrebungen und machten dieselben zunichte. In letzter Zeit haben nun die Honved-Vereine ihre Ohnmacht eingesehen. Sie beriefen für morgen eine Landes-Honved-Versammlung ein, deren Aufgabe es sein soll, den Parteinungen im Schoße der Honveds ein Ende zu machen, um „mit Erfolg an die Lösung ihrer (?) Aufgaben gehen zu können.“ Wir rathen ihnen, die Lösung dieser Aufgabe anderen, dazu berufenen Händen zu überlassen, das Soldatenspiel aufzugeben und sich damit zu begnügen, wenn sie das Wohl des Vaterlandes auf den vielen Wegen des ruhigen Bürgerlebens fördern können.

Ein Brief des Generals Vetter.

General Vetter richtet an den Redacteur des Pester „Lloyd“ folgende Zuschrift:

„Sehr geehrter Herr Redacteur!

„Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank für die wahrheitsgetreuen und kraftvollen Worte, welche Sie die Güte hatten, in Ihrem geschätzten Blatte am 1. Mai l. J. im Interesse meiner Cameraden auszusprechen, die bis 1848 die Ehre genossen, der k. k. österreichischen Armee unter der Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs Ferdinand des Gütigen anzugehören.

„Was die Besorgnisse des Herrn Skene wegen „der Heiligkeit des Fahneneides“ anbelangt, bedauere ich, daß der Herr Abgeordnete in der denkwürdigen Epoche von 1848, um welche Zeit ich als selbständiger Commandant des dritten Bataillons des ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 37 (Baron Mariaffy) im Range eines Oberlieutenants zu Großwarden befähigt, nicht als Adjutant an meiner Seite fungirte. Herr Skene hätte sich persönlich aus den damals erfolgten, sich gegenseitig geradezu widersprechenden Verordnungen, Erlässen und Befehlen, die heute vom k. k. österreichischen, morgen vom königlich ungarischen Ministerium ergingen, überzeugen können, wie die in Ungarn damals stationirten Truppen und ihre Commandanten zuerst verleitet — später verrathen — und zum Schlusse des Drama's als Rebellen verurtheilt wurden.

„Se. Majestät der Kaiser und König sprachen den a. h. Willen aus: der Schleier der Vergessenheit möge über jene Ereignisse und die traurigen Folgen gebreitet werden. Es war zu erwarten, daß sich Niemand, am allerwenigsten aber ein Landtags-Abgeordneter, unterfangen würde, gegen die ausgesprochene Absicht des Monarchen Einsprache zu thun. Würden aber Herr Skene und seine gleichgesinnten Collegen wiederholt ihre „Fahnen-eid-Besorgnisse“ in Anregung bringen und gewesene Officiere gleichsam als „Eidbrüchige“ brandmarken wollen, so werde ich mich in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt sehen, durch einige authentische Documente zu beweisen, daß nicht wir ehemaligen Officiere, sondern die damalige Regierung im Jahre 1848 die Ursache der Theilung der k. k. Armee in zwei Lager war.

„Indem ich Sie, Herr Redacteur, um die Veröffentlichung vorstehender Zeilen bitte, zeichne ich mich mit besonderer Achtung

Ihr Wohlgeborenen ergebenster

Pest, am 2. Mai 1868.

A. v. Vetter.“

Oesterreich.

Wien, 3. Mai. [Tr. Btg.] (Aus Bukarest. — Die fünften Bataillone.) Der öster. Generalconsul in Bukarest hat bereits melden können, daß die rumänische Regierung, seit sie den ganzen Ernst Oesterreichs gesehen, die bündigsten Zusicherungen ertheilt, den scheußlichen Ausschreitungen gegen die Juden mit aller Energie entgegenzutreten und für die constanten Verletzungen volle Genugthuung leisten zu wollen. Gleichzeitig hat der hiesige preussische Gesandte, ohne Zweifel in Folge eines Schrittes, welchen der Fürst von Rumänien in Berlin gethan, der Ueberzeugung des preussischen Cabinets Ausdruck zu geben gehabt, daß der Charakter des Fürsten von Rumänien selbst die Bürgschaft biete, er sei bisher über die thatfächlichen Vorgänge getäuscht worden, und er werde, sobald er klar gesehen, der erste sein, diese Vorgänge zu beklagen und nach Kräften und ohne Ansehen der Personen wieder gut zu machen und nach allen Seiten hin Gerechtigkeit zu üben. — Soeben erscheint ein Kriegsministerialrescript, welches die Aufstellung der Cadres der fünften Bataillone der achtzig Linien-Infanterie-Regimenter anordnet. Mit dem 1. Juni haben diese sämmtlichen Regimenter ihre drei ersten Bataillone auf einen Compagniestand von je 99 Köpfen (70 Gemeine) zu bringen, während die vierten und fünften Bataillone nur einen Compagniestand von 33 Köpfen (10 Gemeinen) aufweisen, und zwar werden die fünften Bataillone in der Art gebildet, daß die vierten Bataillone die Hälfte der im Jahre 1867 assentirten Mannschaft an dieselben abgeben. Das Commando des fünften Bataillons wird jedesmal durch den dienstältesten Hauptmann des vierten und fünften Bataillons geführt und für die übrigen Dienstesbedürfnisse dieser beiden Bataillone werden die zahlreichen supernumerären Officiere der drei ersten Bataillone verwendet. Man hat auf diese Weise die unerläßlichen Ersparungsrückichten mit der Nothwendig-

keit der Erhaltung der Schlagfertigkeit der Truppen zu vereinigen gesucht.

Wett. 5. Mai. (Magnatentafel.) In der heute Mittags abgehaltenen Sitzung der Magnatentafel wurde die Mitteilung über das a. h. sanctionirte Handelskammer-Gesetz gemacht. Minister Wenckheim lud die Mitglieder zu der Trauerfeier für die Kaiserin Marie Ludovica ein. Das Münzgesetz wurde angenommen.

Ausland.

Berlin. 5. Mai. (Rechtsverwahrung.) Es verläutet, der aus fünf Mitgliedern bestehende Ausschuss der süddeutschen Fraction formulirte eine Rechtsverwahrung, unter welcher die süddeutsche Fraction das Zollparlament verlassen will, falls in die Berathung einer Adresse eingegangen würde, welche sich mit anderen Dingen als mit Zoll und Steuerfragen beschäftigt.

Berlin. 6. Mai. (Zollparlament.) Die national-liberale Fraction des Zollparlamentes beschloß, den Antrag auf Ueberreichung einer Adresse festzuhalten, obgleich keine Aussicht für dessen Annahme vorhanden ist. Die Fortschrittspartei wird eine besondere motivirte Tagesordnung einbringen. Die Annahme von Ujest's motivirter Tagesordnung ist wahrscheinlich.

Augsburg. 6. Mai. (Die Friedensfrage.) Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ hat Briefe aus Wien vom 5. Mai erhalten, in denen gesagt wird, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen täglich gespannter werden. Napoleon könne seine Rüstungen nicht zurückziehen, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Diese Briefe bestimmen die „Augsb. Allg. Ztg.“, ihre Mitteilung bezüglich der Mainzer Frage vollständig aufrechtzuerhalten. Oesterreich biete alles auf zur Erhaltung des Friedens.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre k. Hoheiten die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Karl Ferdinand, Ernst und Rainer und die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Marie sind auf der Rückreise aus dem Orient am 2. d. mittelst Dampfschiffs in Mobaes angelangt.

— (Ehrenbürgerdiplom für den Freih. v. Beust.) Dienstag Mittags hatte der Herr Bürgermeister von Wien Dr. Zelinka an der Spitze einer Deputation des Gemeinderathes die Ehre, Sr. Excellenz dem Herrn Reichskanzler Freiherrn von Beust das Diplom des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Wien zu überreichen.

— (Ehrenbürgerrecht.) Die Repräsentationen der Gemeinden des Admerstädter Amtsbezirkes in Mähren haben Ihren Excellenzen dem Herrn Reichskanzler Freiherrn v. Beust und dem Herrn Minister des Innern Dr. Giska das Ehrenbürgerrecht verliehen.

— (Ein schrecklicher Sturm.) Man schreibt Prager Blättern aus Neustadt a. d. Mettau unter dem 2. Mai. Ein namenloses Unglück hat unsere arme Gebirgsgemeinde Obergiechhübl am 30. v. M. getroffen. In der siebenten Abendstunde entwickelte sich plötzlich ein solcher Wirbelwind, daß in wenigen Minuten 80 Familien obdachlos und um ihr Hab und Gut gebracht wurden. In dem beinahe eine Stunde langen Tobale hatte der Orkan schauerhaft gehaust, Häuser ganz abgedeckt, andere zu einem Schutthaufen gemacht, Kamine rasirt und starke Baumstämme entwurzelt. Den Höhepunkt hat der Sturm in dem oberen Theile von Obergiechhübl erreicht; in einer auf der Anhöhe stehenden Kalupe sah das Weib hinter dem Webestuhle, diesen Stuhl sammt der Person hat der Sturm buchstäblich umgedreht, den Dachstuhl und andere Bestandtheile, selbst die schweren Belegbölzer der Kalupe in alle Gegenden gestreut. Die nächste Umgebung bietet das Bild eines Schlachtfeldes in anderer Gestalt; die Futtervorräthe, das Heu, das Stroh, einzelne Geräthschaften, Kleidungsstücke, die Dachschindeln, Belegbölzer liegen auf den Bäumen, Feldern und Wiesen zerstreut, theilweise tief in die Erde eingebort. 14 Gebäude sind ganz demolirt. 37 ganz und theilweise abgedeckt, die Leute nur mit Mühe untergebracht; der Schaden kann in diesem Augenblicke noch nicht ermittelt werden.

— (Ein Chinese als Freiwilliger.) In die belgische Armee ist ein chinesischer Prinz als freiwilliger Carabinier eingetreten, um die Kriegskunst und die Handhabung der Waffe zu studiren. Ein Lieutenant ist der chinesischen Hobeit speciell zum Unterricht beigegeben.

Locales.

— (Die Gemälde-Ausstellung im Redoutensaal) wird morgen Samstag eröffnet, kann jedoch wegen der in Bälde bevorstehenden Landtagsession nur die kurze Zeit von 12 Tagen währen. Diefelbe enthält, wie man uns mittheilt, 46 vorzügliche Nummern und können wir daher wohl den kunstsinigen Bewohnern unserer Stadt volle Befriedigung ihrer Erwartungen versprechen.

— (Im Badeorte Belvedere) wird mit 15. d. M. eine Telegraphenstation eröffnet und bis 15. September d. J. offen gehalten werden.

— (Die Zähne) des Menschen tragen nicht allein wesentlich zur Schönheit desselben bei, sondern ist die Erhaltung derselben von jeder eine der wichtigsten Aufgaben

der Aerzte gewesen. Wenn es zu spät ist, denkt man erst daran, die Zähne zu conserviren, da der Mangel derselben uns den Verlust um so fühlbarer macht. Das von Dr. Popp in Wien erfundene Anatherin-Mundwasser ist in neuerer Zeit dasjenige Mittel geworden, welches wohl selten in irgend einer Toilette fehlt. Die richtige vorchriftsmäßige Anwendung desselben befreit uns von allen Uebeln, welche Zahnehe, Stomat. u. s. w. nothwendiger Weise im Gefolge haben. Ja noch mehr, das Anatherin-Mundwasser des Dr. Popp trägt mittelbar, wie das in einem früheren Artikel schon nachgewiesen, zur Verlängerung des menschlichen Lebens bei. Zahllose Atteste von Autoritäten der Wissenschaft beweisen die Wirksamkeit dieses Mittels zur Genüge. Durch den Gebrauch wird ein jeder die Erfahrung an sich selbst am besten machen, weshalb wir im Interesse der Sache wünschen, daß das Anatherin-Mundwasser des Dr. Popp die allgemeinste Verbreitung auch im österreichischen Staate finde, wie es in den andern europäischen Staaten schon seit Jahren der Fall ist.

(Eine Bitte an unseren Landtag.) Vom wissenschaftlichen Vereine „Kosmos“ in Mähriß-Schönberg wurde unter dem 28. April an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, worin es heißt: „Wird die Thatfache in Betracht gezogen, daß eine Sumpfwespe in wenigen Stunden 2000 Blattläuse, ein Rothschwänchen in einer Stunde 600 Fliegen, ein Kutul, sowie die Brut einer Grassmäde in einem Tage bei 200 Raupen verbrauchen; ferner die Thatfache, daß die durch einige Spechte in einem Jahre vertilgten schädlichen Insecten sich auf Milliarden belaufen, so erhellet daraus zur Genüge, daß alle menschlichen Versuche zur Abwehr der Cultur-Verheerungen durch Insecten nur ohnmächtiges Streben sind und daß eine Abhilfe einzig und allein in der Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Natur durch den Schutz der von Insecten lebenden Thiere, insbesondere durch den Schutz der Singvögel zu erzielen und zu finden ist.“ Zum Schlusse erbittet der Verein „Kosmos“ vom Reichsrathe: 1. Ein strenges Gesetz zum Schutze der von Insecten lebenden Thiere. 2. Bei der hohen Regierung schleunigst dahin zu wirken, daß durch die Volksschulen die geeignete Beschung unter dem Volke verbreitet werde. — 3. Der hohen Regierung die Einleitung internationaler Verhandlungen mit denjenigen Staaten — namentlich Italien — anzuzuwenden, in denen unsere Zugvögel massenhaft getödtet werden.“ Wäre der Gegenstand nicht auch für uns wichtig genug, um eine Petition an unseren Landtag zu veranlassen, und wäre hier nicht der Musealverein dazu geeignet? Wir bemerken dazu, daß die Schmetterlinge aller Baumraupen von den reinen und gemischten Insectenvögeln in der Brutzeit, also April, Mai, Juni, Juli und August, gefangen und verzehret, die Eier vorzüglich von allen Weisengattungen, Baumreißern und Goldbähnchen vertilgt werden. Was die Raupen betrifft, so verzeihen die Insectenvögel nur die unbehaarten, glatten, nicht aber die behaarten.

Correspondenzen.

* **Rudolfswerth.** 6. Mai. Gestern um 35 Uhr Nachmittag kam der Herr Landespräsident Conrad von Eybesfeld mit Extrapost hier an und wurde von den Honoratioren von Rudolfswerth, an deren Spitze der Herr Bezirksvorsitzer, der hochw. Herr Probst unseres Collegiat-Capitels Arco und der Herr Bürgermeister Junglitz, so wie von der in größter Parade ausgerückten Bürgercompagnie und einer zahlreichen Menge der Bevölkerung empfangen. Bei Annäherung des Wagens präsentirte die Compagnie das Gewehr und die Bande stimmte die Volkshymne an. Abends brachte die Musik eine Serenade, worüber der Herr Landespräsident, so wie auch über die gute Haltung des ganzen Bürgercorps, seinen besonderen Beifall zu erkennen gab. Heute, den 6. d. M., besuchte der Herr Landespräsident das Gymnasium in allen seinen Classen, dann das k. l. Bezirksamt, und begab sich hierauf in das Bürgermeisteramt, wo er vom Herrn Bürgermeister empfangen wurde. Der Herr Landespräsident drückte seine Befriedigung aus über den geregelten Gang der Geschäfte und deren eifrige und einträchtige Besorgung von Seite der Gemeindeauschüsse. — Um 3 Uhr Nachmittag setzte der Herr Landespräsident seine Reise nach Landstrosch fort.

Möttling. Ueber die am 26. d. M. stattgefundene feierliche Grundsteinlegung für das n. u. aufzuführende Stadthaus in Möttling kommt uns folgender Bericht zu: Auf dem öffentlichen Festplatze wurde die Feierlichkeit durch eine Ansprache des Gemeindevorstandes Anton Navratil in slovenischer Sprache eröffnet. Darauf folgte eine ebenfalls slovenische Rede des Pfarrers von Bobsemel Herrn Daniel Terzbel, welcher statt des erkrankten Herrn Möttlinger Pfarrers pontificirte. Dann begann die Einsegnung, welche obiger Herr Pfarrer unter zahlreicher Assistenz der benachbarten Geistlichkeit vornahm. Nach beendigter Ceremonie versammelten sich die geladenen Gäste zur Tafel in den Räumen der „Citavnica“ wobei es an zahlreichen, mitunter lebhaften Toasten nicht fehlte. Den Schluß dieses für Möttling denkwürdigen Festes bildete eine Tanzunterhaltung, ebenfalls in der Citavnica abgehalten, wozu von den Nachbarorten besonders aus Croatia zahlreiche Gäste erschienen waren. Gleichzeitig fand eine Art Volksfest statt, indem unter der ärmeren Bevölkerung Wein und Brod öffentlich vertheilt wurde, während Musikbanden der versammelten Volksmenge mehrere Musikstücke vortrugen.

Eine arme Witwe

mit drei Kindern, alle vier stets an Krankheiten leidend und ganz mittellos, wendet sich in ihrer verzweiflungsvollen Lage an die edlen Menschenfreunde Kaibachs, welche schon so manche Thräne getrocknet haben, und fleht sie um milde Gaben zur Linderung ihres Elends an.

Die Redaction der „Kaibacher Zeitung“, welcher die bedrängte Lage der Bittstellerin genau bekannt ist, ist gern erbötig, milde Gaben anzunehmen und ihrer Bestimmung zuzuführen.

Neueste Post.

Wien, 6. Mai. Die „W. Abdpst.“ schreibt: Sr. Excellenz der Herr Reichskanzler ist gestern Nachmittags von einem heftigen Darmcolikanfall, verbunden mit Gallerebrechungen, befallen worden. Um Mitternacht war bereits wesentliche Erleichterung eingetreten und heute hat man die beruhigende Gewißheit, daß das Unwohlsein von keiner ernstern Bedeutung ist. Doch ist bei Sr. Excellenz jeder Empfang ärztlicherseits strengstens untersagt und dürfte der Herr Reichskanzler durch einige Tage gezwungen sein, sich der Theilnahme an den Staatsgeschäften möglichst zu enthalten.

Wien, 6. Mai. Im Herrenhause gelangt heute das Wuchergesetz zur Berathung. Die Commission beauftragt mehrere Aenderungen, von denen die wesentlichste den § 2 betrifft, der in folgender Fassung vorgeschlagen wird: „Wenn Zinsen ohne bestimmtes Maß bedungen wurden, so gelten bei einem gegebenen Pfande fünf, ohne Pfand sechs auf ein Jahr; die aus dem Gesetze gebührenden Zinsen werden mit sechs von hundert festgesetzt.“

Als Nachfolger Crivelli's auf dem Botschafterposten in Rom wird dem „Volksfreund“ mit Bestimmtheit Graf Rudolf Apponyi, derzeit Botschafter in London, bezeichnet.

Zunnsbruck, 6. Mai. (N. Fr. Pr.) Die Neuwahlen für den Bürgerauschuss sind in allen drei Wahlkörpern zu Gunsten der liberalen Partei ausgefallen. Unter den 11 Gewählten befindet sich nur ein Clericaler, die 10 anderen Ausschussmitglieder gehören der liberalen Partei an. Im Bürgerauschusse werden nun 23 liberale und 12 clericaler Mitglieder sich gegenüberstehen.

Best, 6. Mai. Der Club der Linken acceptirte in seiner gestrigen Abend Sitzung den Beschluß der Centralsection über das griechisch-orientalische Kirchengesetz, wonach Streitigkeiten zwischen den Rumänen und den Serben durch ein Schiedsgericht auszutragen sind.

Best, 6. Mai. (Unterhaus Sitzung.) Bonis überreichte das Referat der Justizcommission über die Civilproceßordnung. Paul Nary dankte Namens der Commission dem Justizminister für die rasche Vorlage des Gesetzentwurfes. Simonhi interpellirt den Unterrichtsminister, ob er den Gesetzentwurf über die Organisation der Schulen vorlegen werde. Der Unterrichtsminister antwortete, daß er von der Wichtigkeit des Volksunterrichtes durchdrungen sei und die Interpellation nächster Tage beantworten werde. An der Tagesordnung steht das Gesetz über die orientalische Kirche. Nary beantragt die Vertagung, welche verworfen wird. Die General-Debatte beginnt, Baron Cötövs hebt die Nothwendigkeit und Dringlichkeit des Gesetzes hervor.

Paris, 6. Mai. Der „Moniteur de l'Armee“ beweist gegenüber den Betrachtungen der „Kreuz-Zeitung“ über die preußische Reducirung und der von diesem Blatte ausgebrachten Hoffnung auf Nachahmung dieses Beispiels seitens anderer Mächte, daß Frankreich durch die Beurlaubung von 14.000 Mann seit Ende März die Initiative ergriffen habe und folgemäßig die preußische Reducirung später und in einem geringeren Verhältnisse gekommen sei.

Paris, 7. Mai. (Tr. Ztg.) Das „Memorial diplomatique“ erfährt aus sicherer Quelle, Frankreich habe keinerlei Grund, sich mit der Mainzer Frage besonders zu beschäftigen; Frankreich verlangte von Preußen keine Verpflichtung, sich jedem Versuche der Competenzausdehnung des Zollparlamentes zu widersetzen.

New-York, 25. April. Nelson als Vertheidiger Johnson's constatirt, daß der Senat nicht competent sei, über den Präsidenten Johnson zu urtheilen, weil zehn Staaten in dem Senate nicht vertreten sind.

Süd-Carolina hat die neue Constitution mit einer Majorität von 43.000 Stimmen angenommen. — Der Präsident hat den General Schofield an die Stelle des Generals Stanton zum Kriegsminister ernannt. — General Schofield hat die Wahlen in Virginien vertagt.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 7. Mai.

5perc. Metalliques 56. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 57. — 5perc. National-Anleihen 62.75. — 1860er Staatsanleihen 80.65. — Pauschecten 692. — Creditactien 180.40. — London 116.75 — Silber 114.75. — R. I. Ducaten 5.57.

Das Postdampfschiff „Cimbria“, Capitän C. Hebig, ging am 29. April vollbesetzt von Hamburg nach New-York ab.

Das Postdampfschiff „Bavaria“, Capitän Mayer, ging am 2. Mai vollbesetzt von Hamburg nach New-York ab.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Die Branntweinsteuer. Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses, welchem die Berichterstattung über das neue Branntweinsteuergesetz zugewiesen wurde, hat die Herabsetzung der Gührdauer bei mäßigen Stoffen auf 48 und bei Melasse auf 36 Stunden acceptirt. Die Ausbeute hat er mit 6 1/2 Grad pr. niedrigerer Eimer beschloffen, mit Ausnahme der rohen Rüben, bei welchen der Eimer mit 6 Grad berechnet werden soll. Gleichzeitig hat der Ausschuss den Beschluß gefaßt, daß die Steuerrestitution für Exportspiritus wieder auf 6 kr. pr. Grad erhöht werden soll. Alle Beschlüsse sind einstimmig gefaßt worden.

Kronprinz Rudolfsbahn. Wie vorauszusehen wurde die auf 50.000 neue Actien eröffnete Subscription am ersten Abend bereits geschlossen. Ein Wiener Institut hatte allein 33.000 Stück gezeichnet. Es ergibt sich, daß 19.500 Stück durch Anmeldung älterer Rudolf-Actien subscibirt wurden, wonach 30.500 Stück für die allgemeine Subscription verblieben. Auf diese sind 360.000 Stück gezeichnet worden und werden hiernach die Zeichnungen auf circa ein Zwölftel zu reduciren sein.

Zum Tabakbau. Der Znaimer landwirthschaftliche Bezirksverein ist dieser Tage beim Finanzministerium um die Bewilligung eingeschritten, auch in seinem Vereinsbezirke mehrere Tabaksorten anbauen zu dürfen.

Angelkommene Fremde.

Am 6. Mai.

Stadt Wien. Die Herren: Kubié und Sponer, Telegraphen-Inspector, von Triest. — Schleiter und Kump, Handelsleute, und Dr. Marshall, von Gottsche. — Fogatschnig, Werkverwalter, von Toplice — Deisinger jun., Bräuersohn, von Laß. — Urbantschitsch, Gutbes., von Höllein. — Die Frauen: Peteln, von Reifnitz, und Debelat.

Elefant. Die Herren: Mahnič, Weinhändler, von Planina. — Kovatsch, von Triest. — Dobner, Fabrikdirector, von Hof. v. Kapuze, von Steinbüchl. — Kieller, Beamter, von Littai. — Kranz, Kaufm., von Wien. — Dowager Viscount Barrington, aus England. — Homjschat, von Präfian.

Kaiser von Oesterreich. Herr Stuh, Privatbeamter, von Landspres.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

Mal	Zeit	Baromet. Stand	Therm. Stand	Wind	Wetter	Niederschlag
6 u. Abg.	326 ss	+11.4	SW. f. schw.	trübe		
7. 2. „	325.86	+18.9	SW. schwach f. ganz bew.	0.00		
10. „ Ab.	325 ss	+13.6	SW. schwach f. ganz bew.			

Taglich schwach bewegte Luft, dünne Bewölkung mit Regenschauern abwechselnd. Einzelne Regentropfen. Das Tagesmittel der Temperatur um 4.7° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Eingesendet.

Erinnerungen aus Laibachs älterer und jüngster Geschichte.

(Zur Erwägung bei den bevorstehenden Gemeinderathswahlen.)

Bevor Laibachs Bürger vor der Wahlcommission ihre Stimmzettel abgeben, mögen sie im Rathhaussaale Umschau halten und die Namen der Bürgermeister unserer Stadt lesen, die an den Wänden des Saales verzeichnet sind. Es sind dies Namen deutschen und slavischen Klanges, sie reichen von der mittelalterlichen Zeit bis in unsere Tage, manche davon haben sich unter der Bevölkerung erhalten, einzelne der zuletzt angeführten achtbaren Männer hat mancher Wähler persönlich gekannt.

Ihnen allen galt die Ehre der Stadt, deren friedliches Scepter sie führten, als das kostbarste ihnen anvertraute Kleinod; sorgsam wachten sie über der Ruhe der Bürger und in der Ueberzeugung, daß Eintracht die beste Gewähr des Gemeinwesens, schlichteten sie mit kluger Umsicht Handel, Zwist und Hader zwischen den Bürgern, so daß schon Balvasor sagen konnte: Es wird aber bei den guten Bürgern Laibachs für schändlich geachtet, daß die Strittig-

keiten weit hinausgezogen und nicht anders als durch einer Partei Absterben öfters die Processen geendigt werden.“

Unter solcher kommunaler Obforge wuchs der Wohlstand der Stadt und trotz den verschiedenen Elementen in der Bevölkerung verstand es der Stadtrath, mit dem Bürgermeister an der Spitze, das Gemeinwohl zu fördern.

Balvasors schönes, besonders für unsere Tage beherzigenswerthes Zeugniß über die Verhältnisse des Bürgerstandes in Laibach zu seiner Zeit lautet wörtlich also: „Nebst dem Adel und landschäftlichen Bedienten wird auch Laibach durch bürgerliche Geschlechter und von einem starken Pöbel bewohnt, so daß oft „drey, vier, ja gar fünf bis sechs Familien in einem „Haufe, das nicht allzu weitläufftig, sich enthalten. „Doch sein die meisten Burger Fremdlinge, und „wird man selten in einem Geschlechte bis auf die „dritte Generation zehlen können: theils, weil sie sich „wieder anderswohin begeben, oder zu höhern Aemtern „gezogen werden, theils weil manche zeitlich mit Tode „abgehen. Daher es dann kommt, daß untereinander „und gleichsam in einem Schafstall Crainer, Steyer- „märker, Kärntner, Crabaten, Italiäner, Tyroler, Bayern, „Sachsen, Franken, Schwaben, Schlesier, Mährer, „Böhmen, ja gar Dähnen, Pommern, Holländer und „Franzosen wohnen, so daß der dritte Theil der Bur- „gerschaft in Fremdlingen besteht. Doch haben sie fast „alle einerlei Sitten, die mit Teutsch-redlicher Treu „überein stimmen. Und welches zu verwundern, so wird „man in einer so Wein-reichen Stadt wenig Hader und „Zank verspüren. Welches der Obrigkeiten Wachsam- „keit zuzuschreiben. Denn weil derselben unterschiedliche „als sucht jedwede es der andern an möglichster Auf- „sicht zuvorzuthun. Daher dann durch so kluge Vorsicht „ihrer Vielen allen Streit - Händeln vorgebeugt wird.“

So walteten die Bürgermeister Laibachs einst, sie bezogen hiefür keine Functionsgebühr.

Und wenn Laibachs Bürger auf die letzte vierjährige Periode unseres Gemeindelebens einen Rückblick werfen, so sehen sie die üppig wuchernde Saat der Zwie- tracht und des Haders nicht etwa bloß im Rathhaus- saale, wo die Vertreter der Stadt, oder in der Landesstube, wo die Vertreter des Landes unter Mitwirkung einer in Terrorisirungsversuchen sich übenden Galerie tagten, sondern auch in den engsten Familienkreisen, wo nunmehr Verbitterung der Gemüther herrscht, nachdem das fried- liche Band, das früher Eltern, Kinder und Geschwister umschlang, von eingeschlichenen Störefrieden zerrissen wurde.

Dies alles geschah unter der sorgjamen Pflege und Billigung von Männern, die sich Führer des Volkes, die sich dessen Lehrer nennen.

Wo war denn, würde jeder Bürger aus früherer Zeit fragen, die Autorität des Stadtrathes, um solchem Unfug ein Ende zu machen? Trat nicht der von der Gemeinde gewählte Bürgermeister mit all' seiner Würde, mit all' seinem Ansehen auf, um derlei Strittigkeiten zu schlichten? Die Antwort wird sein: Wie kann von Ansehen und Würde der bürgerlichen Autorität die Rede sein; da Laibachs neueste Geschichte keinen wirklichen, sondern nur einen — suspendirten Bürgermeister auf- weist!

„Wie konnte dies kommen?“ würde man weiter fragen.

Jeder Verständige sah es voraus, und wäre es einem Bewohner Laibachs aus dem früheren Jahrhun- derte vergönnt gewesen, unter uns zu wandeln, und sich nur für wenige Augenblicke Stadt und Bewohner zu besehen, so hätte er dies voraussagen können.

Gesetzt, der ehrwürdige Balvasor hätte vor ein paar Jahren die Kunde durch die Gassen der Stadt gemacht, da wäre er stehen geblieben an der Ecke der Spitalgasse vor einem Bilde, das in photographischer Aufnahme den Verein „Južni sokol“ darstellte, meist jugendliche Ge- stalten, fantastisch gekleidet, und in ihrer Mitte den Vorstand mit der Sokolmütze auf dem Haupte, in der die Hahnenfeder steckte; und würde ein Begleiter zu Bal- vasor gesagt haben: „Dieser hier ist Laibachs Bürger-

meister“, sicherlich hätte jener geantwortet: „Unmöglich, denn zu meiner Zeit kleideten sich Laibachs Rätthe in die Tracht Venetianischer Edelleute, oder sie trugen lange Talare, wie solches auch in meiner Chronica ge- schrieben steht; das Kleid schon zeigte die Würde des Mannes, doch an diesem hier ist jeder Zoll — kein Bürgermeister,“ weiter hinzusetzend: „wird kein gut Ende nehmen!“

Was würde weiter der krainische Chronist zu jener nächtlichen Scene im vorigen Jahre gesagt haben, bei der aus dem Munde des Vorstandes, der für die Sicher- heit der Stadt, zu wachen hatte, der verhängnißvolle Ruf: „Sokolci vun!“ ertönte und das heiligste Kleinod der Stadt, die Ehre, unter den Augen desjenigen, dessen Obhut sie anvertraut war, bemakelt wurde?

Der ehrwürdige Geschichtschreiber Krains nannte sein Werk, dem er sein ganzes Leben gewidmet, „die Ehre des Herzogthums Krain“; darein verflocht er auch ein Ehrenblatt der Geschichte Laibachs. Gebührt wohl in dieser ein Platz jenem Vorstande, unter dessen Augen eines der heiligsten Rechte des Bürgers, sein Hausrecht, in empörender Weise verlegt wurde, ohne daß das volle Gewicht seiner bürgerlichen Autorität es zu verhindern versucht hätte?

Hiezü kommt noch, daß jener Frevel unter einem von der Stadtgemeinde bezahlten Vorstande geschah, dem eine erhöhte Pflicht der Wachsamkeit oblag; es hatte ihm ja die willige Majorität des Gemeinderathes, über Antrag seines um die Herabminderung der Ausgaben stets besorgten Freundes H o r a k, die Functionsgebühr um volle 500 Gulden ohne Anstand erhöht.

Und dieser suspendirte, unter doppelte Curatel ge- stellte Bürgermeister bezieht trotz alledem seine erhöhte Functionsgebühr fort, ohne irgend eine der dem Gemein- vorstande obliegenden Functionen zu verrichten, wie dies jedermann aus seinen bei der Stadtrasse erliegenden Quittungen ersehen kann.

Solchen Händen hat die Majorität des Gemein- rathes das Ruber der Stadt anvertraut, obchon aus der Periode seiner vorausgegangenen dreijährigen Amts- wirksamkeit die klarsten Beweise vorlagen, was von der von ihm seinerzeit feierlichst versprochenen „Beglückung aller socialen Dissonanzen, welche allenfalls Laibach durch- zittern,“ zu halten sei.

Dies alles und die kläglichen finanziellen Folgen eines verschwenderischen, nur Parteizwecke im Auge haben- den, neuen, unnütze Stellen zur Unterbringung und Be- lohnung eifriger Parteigänger schaffenden städtischen Re- gimentes, wofür nur die Bürger die Kosten bestreiten, mögen die Wähler Laibachs vor Abgabe ihrer Stimmzettel ja genau erwägen.

Vor allem aber verdienen die oben angeführten Goldförner aus Balvasors „Ehre des Herzogthums Krain“ über die damaligen bürgerlichen Zustände Lai- bachs so recht beherzigt zu werden, mit einem Seiten- blicke auf den Inhalt eines, vom suspendirten, seine Func- tionsgebühr fortbeziehenden Bürgermeister und von seiner willigen Majorität jüngst gegründeten Laibacher Wochen- blattes, das, obwohl es den Namen des höchsten, freiesten, im Sonnenglanze strahlenden krainischen Berges trägt, dennoch sich meist im Schlamme der Parteigehässigkeit be- wegt, nicht der Freiheit dient, sondern der Herrschsucht selbststüchtiger Parteiführer fröhnt, nicht dem Lichte der Wahrheit und der Aufklärung, sondern den Finsterlun- gen seine Dienste leistet, denen nur ein von Unwissen- heit, Aberglaube und den rohesten Leidenschaften geblen- detes Volk der willkommenen Fußschemmel ihrer Herr- schaft ist, ein Blatt, das, dem Namen „Krainer“ sorg- fältig ausweichend, sich am liebsten in der Schilderung der Glückseligkeit moskowitzischer Zustände ergeht.

Bei solcher Vergleichung wird wohl niemand mehr zweifeln, daß die vom suspendirten Bürgermeister und von seiner willigen Gemeinderathsmajorität in ihrem Wahl- aufrufe gegebene Versicherung: „Wir sind treu den Sitten unserer Väter!“ eine Lüge sei.

Börsenbericht.

Wien, 6. Mai Die Börse war im Ganzen ziemlich fest, bloß einige Fondsgattungen schwächten sich etwas ab. Industriepapiere aber behaupteten die steigende Tendenz. Devisen und Valuten stellten sich abermals billiger. Geld flüssig. Geschäft unbedeutend.

Oeffentliche Schuld.		B. der Kronländer (für 100 fl.)		Geld Waare		Geld Waare		
A. des Staates (für 100 fl.)		Niederösterreich	zu 5%	87.00	88.00	Süd. St.-L.-ven. u. z. i. E. 200 fl.	171.00	171.25
In ö. W. zu 5 pCt. für 100 fl.	58.20	Oberösterreich	„ 5	87.25	87.75	Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. EM.	204.50	204.75
In österr. Währung steuerfrei	57.30	Salzburg	„ 5	87.00	88.00	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	146.75	147.00
Steuerauf. in ö. W. v. J.	93.00	Böhmen	„ 5	93.00	93.00	Def. Don.-Dampfsch.-Ges.	497.00	499.00
1864 zu 5 pCt. rückzahlbar	93.00	Mähren	„ 5	88.50	89.00	Def. Reich. Lloyd in Triest	220.00	221.00
Steuerauf. in ö. W.	91.25	Schlesien	„ 5	88.50	89.50	Wien-Dampfm.-Actg.	430.00	440.00
Silber-Anlehen von 1864	67.00	Steiermark	„ 5	88.50	89.50	Bester Kettenbrüde	380.00	385.00
Silberanf. 1865 (Fres.) rückzahlb.	76.50	Ungarn	„ 5	73.00	73.50	Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	127.50	128.00
in 37 Z. zu 5 pCt. für 100 fl.	62.65	Lemeser-Banat	„ 5	72.25	72.50	Lemberg Czernowitzer Actien	173.50	173.75
Nat.-Anf. mit Jan.-Comp. zu 5%	62.65	Croatien und Slavonien	„ 5	71.75	72.50	Pfandbriefe (für 100 fl.)		
„ „ „ „ Apr.-Comp. „ 5	62.60	Galizien	„ 5	64.50	65.00	National- bank auf verlosbar zu 5%	97.40	97.76
Metalliques „ 5	56.15	Siebenbürgen	„ 5	68.00	68.50	„ „ „ „ „ „ „ „	92.80	93.00
„ „ „ „ „ „ „ „	57.20	Dufovina	„ 5	65.00	65.50	Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5%	91.25	91.75
„ „ „ „ „ „ „ „	50.00	Ung. m. d. B.-C. 1867	„ 5	71.00	71.50	Ung. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	100.50	100.75
Mit Verlos. v. J. 1839	172.50	Dem. B. m. d. B.-C. 1867	„ 5	70.50	70.75	Actien (pr. Stück)		
„ „ „ „ 1854	75.50	Nationalbank	694.00	695.00	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	80.95	„ Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. ö. W.	1835.00	1838.00	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	
„ „ „ „ 1860 „ 100 „	89.25	Kredit-Anstalt zu 200 fl. ö. W.	181.50	181.60	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	85.10	N. ö. Cocom.-Ges. zu 500 fl. ö. W.	5.90	5.92	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	
„ „ „ „ „ „ „ „	19.50	S.-C.-G. zu 200 fl. EM. o. 500 Fr.	260.00	260.30	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	
„ „ „ „ „ „ „ „	104.50	Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. EM.	145.00	145.25	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	
„ „ „ „ „ „ „ „	105.00	Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „ „	142.50	142.75	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	„ „ „ „ „ „ „ „	

W e c h s e l. (3 Monate.)

Augsburg für 100 fl. südd. W.	96.75	97.00
Frankfurt a. M. 100 fl. detto	97.00	97.25
Hamburg, für 100 Mark Banco	85.80	86.00
London für 10 Pf. Sterling	116.25	116.35
Paris für 100 Franks	46.05	46.10

Cours der Geldsorten

R. Münz-Ducaten	5 fl. 55 kr.	5 fl. 56 kr.
Napoleonsd'or	9 „ 30	9 „ 30 1/2
Russ. Imperials	9 „ 61	9 „ 62
Bereinsthaler	1 „ 71	1 „ 71 1/2
Silber	114 „ 75	115 „ —

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Pri- vatnotirung: 86 1/2 Geld, 87 1/2 Waare.